

ZÜRCHER BEITRÄGE

zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung

Heft Nr.3

Kurt R. Spillmann

*Die Kubakrise von 1962:
geschichtliche,
politische und strategische Hintergründe.*

*Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse
Eidgenössische Technische Hochschule 8092 Zürich*

© 1987 Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse, ETH-Zentrum,
8092 Zürich

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und fotomechanische Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Forschungsstelle.
Die in den "Zürcher Beiträgen zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung" wiedergegebenen Auffassungen stellen ausschliesslich die Ansichten der betreffenden Autoren dar.

Kurt R.Spillmann

Die Kubakrise von 1962: geschichtliche, politische und strategische Hintergründe.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	S. 2
2. Der geschichtlich-politische Hintergrund	S. 2
3. Die Entwicklung der amerikanisch-kubanischen Beziehungen 1959-1962	S.10
4. Die strategischen Hintergründe der sowjetischen Stationierungsentscheidung	S.14
5. Der Ausbruch der Krise	S.17
6. Der Höhepunkt der Krise: Die Blockadewoche vom 22.-28. Oktober 1962	S.21
7. Folgen und Einsichten	S.28
8. Anmerkungen	S.34

1. Einleitung

Die meisten unter uns erinnern sich noch an jene hektischen Tage im Oktober 1962, als plötzlich Nachrichten auftauchten, dass die Sowjetunion in Kuba Raketen mit Atomwaffen in Stellung bringe. Die USA fühlten sich bedroht, verlangten den Abzug, verhängten - als dieser nicht erfolgte - eine Blockade und stellten damit der Sowjetunion ein Ultimatum. Die Welt hielt den Atem an: war der Moment gekommen, in dem die beiden Supermächte ihre wahnwitzigen nuklearen Zerstörungspotentiale gegeneinander einsetzen würden?

Die nuklearen Arsenale von 1962 scheinen uns heute gering im Verhältnis zu dem, was seither an Zerstörungskraft, an Zielgenauigkeit und an Variationsmöglichkeiten des Einsatzes dazugekommen ist. Dennoch ist die Welt seit der Erfindung der nuklearen Waffen bisher nie mehr so nahe an einen Atomkrieg herangekommen wie in der Kubakrise von 1962. Und vielleicht gelingt es uns auch, etwas aus dieser gerade noch verhüteten Katastrophe zu lernen. Das jedenfalls ist meine Absicht, wenn ich heute nochmals die Ereignisse von 1962 vor Ihnen vorbeiziehen lasse und vor allem die Hintergründe zu beleuchten versuche.

Ich möchte dabei die Kubakrise in den grösseren historischen Zusammenhang einordnen, den Zusammenhang des Machtkampfes zwischen den Supermächten, wie er sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ergeben hat.

2. Der geschichtlich-politische Hintergrund

Heute stehen sich zwei verschiedene politische Systeme, zwei verschiedene Philosophien und schliesslich zwei gegnerische Militärblöcke gegenüber. Das war nicht immer so. Als im Jahre 1917 der russische Zar gestürzt wurde, war die erste amerikanische Reaktion grosse Begeisterung.

Aber schon beim Friedensschluss nach dem Ersten Weltkrieg hatten sich die hohen Erwartungen der Amerikaner, dass sich die Sowjetunion in eine Demokratie entwickeln würde, in Enttäuschung verwandelt. Im Oktober 1917 hatte Lenin mit einer kleinen Schar getreuer Anhänger in einer zweiten Revolution die Macht ergriffen und eine neue Diktatur errichtet, diesmal im Namen des Proletariates. Sein Ziel, das verkündete er lautstark, war nicht der Weltfriede, sondern der Klassenkampf, nicht die Zusammenarbeit unter den Demokratien der Welt, sondern die Ausmerzung des Bürgertums.

Die USA konnten sich nicht entschliessen, mit diesem in so vielen Charakterzügen an die totalitäre Herrschaft des Zaren erinnernden Staat diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Erst Präsident Franklin D. Roosevelt wagte diesen Schritt im November 1933, 16 Jahre nach dem Sturz des Zaren, weil er überzeugt war, dass zwei so grosse Nationen es sich nicht leisten könnten, nicht miteinander zu kommunizieren. Allerdings trugen seine Bemühungen keine Früchte. Die Handelsbeziehungen verschlechterten sich weiter im Laufe der 30er Jahre und die Sowjetunion zeigte auch keine Neigung, mit den USA diplomatisch zusammenzuarbeiten.

Im Gegenteil. Im August 1939 machte Stalin mit seinem vormaligen Erzfeind Hitler gemeinsame Sache, schloss den sog. "Nichtangriffspakt" ab und bekam dafür von den Nationalsozialisten das Versprechen auf die Herrschaft über die Osthälfte Polens, über Litauen, Estland, Lettland und Finnland.

Als Stalin im Winter 1939/40 Finnland überfiel (um dieses Land unter seine Herrschaft zu bringen) und Helsinki bombardieren liess, stieg in Amerika die Abneigung und Erbitterung über diese "schreckliche Vergewaltigung" des unschuldigen neutralen Finnland. Im Februar 1940 sprach Präsident Roosevelt öffentlich von seinen 20 Jahre früher - bei der Wiederaufnahme der diploma-

tischen Beziehungen - gehegten Hoffnungen, dass es den Führern der Sowjetunion gelingen könnte, das Los der Bevölkerung zu verbessern. "Aber heute," sagte er wörtlich, "sind diese Hoffnungen entweder begraben oder für eine ferne Zukunft aufs Eis gelegt. Die Sowjetunion - das muss heute jedermann zugeben, der den Mut hat, den Tatsachen ins Gesicht zu schauen - wird heute von einer Diktatur beherrscht, die so absolut ist wie nur irgendeine Diktatur in der Welt." <1>

Dann kam der grosse Frontenwechsel der Sowjetunion. Im Juni 1941 überfiel Hitler aus heiterem Himmel seinen Verbündeten Stalin. Der Russlandfeldzug begann. Der britische Kriegspremier realisierte sofort, dass jetzt alle Kräfte gegen Hitler zusammengefasst werden mussten, wenn ein Sieg der Nazi-, Faschisten- und japanischen Militaristenkräfte (die ja alle miteinander verbündet waren und schon weite Teile der eurasischen Landmasse kontrollierten) verhindert werden sollte. Sofort versprach er in einer Radiorede, alle bisherigen Differenzen beiseite zu legen und Stalin ungesäumt materielle Hilfe zu leisten. Roosevelt, der die noch immer neutralen USA als "Zeughaus der Demokratien" verstand, begann ebenfalls, der Sowjetunion Materialien zu liefern. Als dann im Dezember des gleichen Jahres - nach dem japanischen Ueberfall auf die amerikanische Pazifikflotte, die im Hafen von Pearl Harbor auf Hawaii stationiert war - die USA endgültig aus ihrer Neutralität gerissen wurden, begann jenes Zusammengehen der späteren "Alliierten" USA, Grossbritannien und Sowjetunion, denen sich im Laufe des Krieges noch rund vierzig weitere Nationen anschlossen. Diese rund vierzig Nationen waren es auch, die nach dem Krieg eine neue, verbesserte Auflage des Völkerbundes aus der Taufe heben wollten, wiederum vor allem auf amerikanisches Betreiben. Nie mehr sollte eine derartige

Menschenschlächtere unter sog. "zivilisierten" Menschen möglich sein. Die UNO, die "Organisation der Vereinten Nationen", wurde ins Leben gerufen, und Roosevelt setzte seinen ganzen Einfluss ein, um auf der Kriegskonferenz von Jalta, anfangs Februar 1945, auch Stalin zu aktiver Mitarbeit in der UNO zu bewegen. Stalin gab dieses Versprechen. Roosevelt war gedämpft hoffnungsvoll. Mindestens die Möglichkeit eines gemeinsamen Weges in eine friedliche Zukunft schien sich abzuzeichnen.

Doch dann entwickelte sich alles ganz anders. Roosevelt starb plötzlich und unerwartet am 12. April 1945 an einem Blutgerinnsel im Gehirn. Kaum drei Wochen später kapitulierte Nazideutschland, nachdem sich Hitler das Leben genommen hatte. Deutschland wurde vorläufig - bis zu einem allgemeinen Friedensvertrag - von den Alliierten besetzt. Im Herbst explodierten die ersten beiden Atombomben der Menschheitsgeschichte und Japan kapitulierte.

Die grosse Aufgabe der Siegermächte war es nun, die von der Menschheit erhoffte und in der UNO angestrebte weltweite Friedensordnung zu finden.

Die UNO wurde gegründet, die Charta, d.h. die Verfassung der UNO, die alle schönen Grundsätze der Menschenrechte für alle enthielt, auch von der Sowjetunion unterschrieben. Aber das gegenseitige Misstrauen war zu gross. Die Sowjetunion liess keine freien Wahlen in Polen zu, sie begann sofort mit Verstaatlichungen und Demontagen im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands, sie behielt alle baltischen Gebiete und nahm ihren Vorteil in Rumänien, Bulgarien, in Ungarn und in Finnland wahr. Die USA andererseits stellten abrupt und ohne Vorwarnung ihre Unterstützungslieferungen an die schwer heimgesuchte Sowjetunion ein, - kurz: durch Misstrauen, Aengste, Machtinteressen, aber auch Missverständnisse und Unklarheiten in der internationalen Kommunikation kam es innert kürzester Zeit zum "Kalten Krieg",

d.h. zu jenem spannungsvollen Zustand zwischen der Sowjetunion und den USA, der beinahe vergessen liess, dass die beiden Grossmächte während vier Jahren eng zusammengearbeitet und zusammengekämpft hatten.

Die höchste Hoffnung der Amerikaner, in der UNO nun doch ihre alten Träume von einer weltumspannenden Organisation zur Sicherstellung des Friedens realisiert zu sehen, wurde rasch enttäuscht, indem sich die Sowjetunion durch ständigen Gebrauch des Vetorechtes jeder Unterordnung unter die internationale Organisation bzw. unter eine Mehrheit der Abstimmenden entzog.

Die USA waren zunächst fast ratlos. Alle ihre Planungen für die Nachkriegszeit kreisten um eine funktionierende UNO und die Vorstellung von einer andauernden Kooperation unter den Alliierten. Aber trotz grosser Anstrengungen konnte keine gemeinsame Friedensordnung errichtet werden. Mit Finnland, Ungarn Rumänien, Bulgarien und Iran kamen zwar noch Friedensverträge zustande (die übrigens mehrheitlich die Sowjetunion begünstigten), aber über das europäische Kerngebiet - Deutschland - konnten sich die Alliierten schon nicht mehr einigen und so wurden aus den recht zufällig und provisorisch gezogenen Abgrenzungen zwischen den Besatzungszonen die Staatsgrenzen von heute, mindestens trifft dies für die Grenzen rund um die sowjetische Besatzungszone zu.

Am 5. März 1946 hielt Winston Churchill in Fulton (Missouri) in Anwesenheit von Präsident Truman seine berühmte Rede, worin er das Bild vom "Eisernen Vorhang" prägte, der sich vom Baltikum bis ans Mittelmeer, von Stettin bis Triest zwischen Ost- und Westeuropa niedergesenkt habe. Churchill sprach öffentlich aus, dass die "Eine Welt" unter Führung der UNO sich entgegen allen Wünschen nicht eingestellt habe, und dass stattdessen die Welt

erneut - wie eh und je - in Machtsphären aufgeteilt sei, ein Zustand, der wiederum - wie vor dem Krieg - die westlichen Staaten nötige, sich vor weiteren Uebergriffen mit militärischer Stärke zu schützen.

Da unterdessen Amerika als weitaus stärkste Macht die Führung des westlichen Lagers hatte übernehmen müssen, lag es an den USA, einen Weg zu finden, wie die Interessen des Westens auch ohne die führende Rolle der UNO gesichert werden konnten.

Erst allmählich kristallisierte sich in Washington ein alternatives aussenpolitisches Konzept heraus. Vorgeschlagen wurde es vom Sowjet-Experten George F. Kennan.

Kennan gehörte auch zu den Enttäuschten der 30er Jahre. Er war überzeugt, dass die Sowjetunion im Grunde die alte, auf Ausdehnung des Machtbereichs abzielende Politik der Zaren weitertreibe und dass die ganze kommunistische Ideologie nur eine Verbrämung, nur eine neue Einkleidung der alten imperialistischen Ziele darstelle. Er schlug deshalb schon anfangs 1946 als neues aussen- und sicherheitspolitisches Konzept eine Politik der Eindämmung (policy of containment) vor; der Kern der Sache sei, meinte Kennan, dass die USA weitere Gebietseroberungen der Sowjetunion nur durch eine Politik der "langfristigen, geduldigen, aber festen und wachsamem Eindämmung der expansiven Tendenzen der Russen" würden verhindern können <2>.

Dieses Konzept erlebte seine Phasen der strengeren und der konzessionsbereiteren Interpretation. Aber im Grunde ist es bis heute die Grundlage der amerikanischen Aussenpolitik seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges geblieben.

1947 verkündete Präsident Truman die nach ihm benannte "Truman-Doktrin", die nichts anderes besagte, als dass Amerika weiteren kommunistischen Machtübernahmen nicht länger untätig zuschauen und die antikommunistischen Kräfte in jenen Ländern

unterstützen wolle, in denen sich Bürgerkriege zwischen kommunistischen und nicht-kommunistischen Kräften abspielten.

Diese aktive Haltung der USA sollte zuerst Griechenland und der Türkei zugute kommen, in denen kommunistische Bürgerkriegsparteien die Macht zu übernehmen versuchten.

Die Amerikaner akzeptierten also den Status quo, wie er sich bislang entwickelt hatte, d.h. sie akzeptierten die sowjetische Kontrolle der befreiten osteuropäischen Länder Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn; sie akzeptierten auch einen weitgehenden Einfluss der Sowjetunion in Jugoslawien, in Finnland sowie natürlich in den sowjetisch besetzten Zonen Deutschlands und Oesterreichs. Aber die Truman-Doktrin (als militärisches) und der Marshall-Plan (als wirtschaftliches Hilfsversprechen) sollten ein weiteres Ausgreifen der sowjetischen Einflussphäre durch militärische Gewalt oder durch soziale Unruhen unmöglich machen.

Nun, trotz Truman-Doktrin und Marshall-Plan dehnte sich der sowjetische Einflussbereich weiter aus: 1948 übernahm die kommunistische Partei in der Tschechoslowakei durch Staatsstreich die Kontrolle; 1949 siegte Mao Tse-tung im chinesischen Bürgerkrieg. Ein weiteres unheilvolles Zeichen jener Zeit war die erste sowjetische Atombombenexplosion von 1949: das amerikanische Monopol war damit durchbrochen, die westliche Welt fühlte sich um ein weiteres Stück unsicherer.

1950 erfolgte der Angriff nordkoreanischer Truppen auf Südkorea. Noch machte man keinen Unterschied zwischen dem Kommunismus Chinas und demjenigen der Sowjetunion und fasste den Koreakrieg als Versuch der Sowjetunion auf, ihren Einfluss auch im asiatischen Raum weiter auszubreiten, bis zu entweder natürlichen Grenzen, oder Grenzen, die allenfalls nur eine ebenbürtige Macht setzen konnte: die USA. So waren die Amerikaner rasch entschlossen, die UNO anzurufen und wenn möglich mit Hilfe

anderer UNO-Mitgliedstaaten einen internationalen Abwehrkrieg zu führen; und da der sowjetische Delegierte die Sitzungen des Sicherheitsrates gerade boykottierte und deshalb die Gelegenheit versäumte, ein Veto einzulegen, war diese amerikanische Strategie auch erfolgreich und der 38. Breitengrad konnte gehalten werden.

Nach Ablauf der Amtszeit Trumans kam von 1953 bis 1961 Dwight D. Eisenhower ins Weisse Haus. Sein kämpferischer Aussenminister John Foster Dulles hatte während des Wahlkampfes versprochen, die Politik der Eindämmung zu verlassen und dafür aktiv die Hoffnungen und den Widerstandsgeist der "gefangenen Völker" zu unterstützen <3>. Aber als sich im Juni 1953 die Arbeiter Ostberlins erhoben, sahen sich die USA ausserstande, ihnen zu Hilfe zu kommen, ohne einen neuen Weltkrieg zu riskieren. Eine ähnliche Situation wiederholte sich 1956 beim Aufstand der Ungarn. Es zeigte sich, dass auch ohne formellen Friedensvertrag mit Deutschland die Grenzen der Macht- und Einflusssphären in Europa genau gezogen waren.

Unterdessen war im Jahre 1953 Stalin gestorben und im Westen tauchten allerlei Spekulationen auf über mögliche Veränderungen in der Sowjetunion. Zwar kam das Wort vom "Tauwetter" in Umlauf, und Nikita Chruschtschow, der sich 1956 als Erster Mann der Sowjetunion etabliert hatte, sprach viel von der Notwendigkeit der "friedlichen Koexistenz"; aber in der konkreten Aussenpolitik änderte sich so gut wie nichts. Einige matte Entspannungsversuche zwischen den Supermächten führten 1959 zum ersten Amerikabesuch eines sowjetischen Parteichefs. Chruschtschow entfaltete seine bäuerliche Jovialität, sprach viel von Verständigungsbereitschaft und hinterliess den Eindruck, es werde sich nun alles ändern. Aber ausser einem Besuch Eisenhowers in der UdSSR und einer neuen Gipfelkonferenz für das folgende Jahr wurde nichts Konkretes

vereinbart.

Beide Verhandlungspartner verfügten über wenig Spielraum, misstrauten einander und waren sich letztlich über die Unvereinbarkeit der politischen Zielsetzungen ihrer Staaten im klaren.

Ein halbes Jahr nach Chruschtschows Besuch in Amerika, am 1. Mai 1960, wurde ein hochfliegendes amerikanisches Beobachtungsflugzeug vom Typ U-2 über Swerdlowsk abgeschossen. Eisenhower wurde von der amerikanischen Öffentlichkeit in ein peinliches Hin und Her von Dementis und Eingeständnissen über illegale amerikanische Flüge über der Sowjetunion verwickelt, und Chruschtschow liess die geplante Gipfelkonferenz von Paris platzen. Auch machte er die Einladung für einen Besuch Eisenhowers in der Sowjetunion in sehr unhöflicher Art rückgängig.

3. Die Entwicklung der amerikanisch-kubanischen Beziehungen 1959-1962

Zur selben Zeit hatte sich in Kuba ein grundlegender Wandel vollzogen. Fidel Castro, der erst 31jährige Führer einer Revolutionsbewegung, hatte am 1. Januar 1959 die Macht übernommen und den Diktator Batista gestürzt. Seine Revolutionsbewegung war sechs Jahre alt und war von den USA (d.h. der New York Times und auch von Lateinamerika-Spezialisten im amerikanischen Aussenministerium) mit Wohlwollen betrachtet und gefördert worden <4>. Als wichtigstes Ziel des neuen Regimes gab Castro die Wiederherstellung der verfassungsmässigen Freiheiten (von Batista im März 1958 suspendiert), vor allem die der Pressefreiheit an. Des weiteren sollten die Industrie geschützt und die Situation der kleinen Farmer verbessert werden. Verstaatlichungen oder Konfiskationen ausländischen Eigentums waren im Programm Castros

nicht vorgesehen. Fidel Castro selbst erklärte, dass es keine Verbindung zwischen seiner revolutionären Bewegung und dem Kommunismus gebe <5>. So schien der Machtwechsel in Kuba 1959 noch nicht das geringste mit den Spannungen zwischen den USA und der Sowjetunion zu tun zu haben.

Die neue kubanische Regierung wurde von den USA sofort anerkannt und im April 1959 kam es zu Kontakten über die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die seit jeher äusserst eng gewesen war (amerikanische Firmen hatten das Wirtschaftsgeschehen in Kuba praktisch kontrolliert, insbesondere den dominanten Zuckermanbau). Trotz anfänglicher Sympathie für Castro wollten die Amerikaner ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluss in Kuba nicht verlieren, wogegen Castro einen neuen Handelsvertrag mit den USA anstrebte, der der dauernden kubanischen Abhängigkeit von der amerikanischen Wirtschaft ein Ende setzen sollte.

Die Beziehungen begannen sich zu verschlechtern, als Castro am 19. Mai 1959 ein Agrargesetz unterzeichnete, welches den Besitz an Grundeigentum neu regelte. So mussten u.a. alle Aktien nicht-kubanischer Gesellschaften innert 90 Tagen auf kubanische Staatsangehörige übertragen werden. Am empfindlichsten wurde dabei die amerikanische Gesellschaft "United Fruits" getroffen <6>. Der amerikanische Kongress andererseits erwog, die Importquoten für kubanischen Zucker zu reduzieren, was die Wirtschaft Kubas schwer bedrohte.

Mit spanischem Temperament begann Castro die Amerikaner als Ausbeuter Kubas öffentlich zu beschimpfen, die Amerikaner hingegen warfen Castro die summarische Hinrichtung von hunderten von früheren Anhängern der Batista-Regierung vor, das Fehlen aller bürgerlichen Freiheiten, insbesondere den Bruch seines Versprechens, bald freie Wahlen abzuhalten. Castro handelte nicht anders als die meisten lateinamerikanischen Revolutionsführer und

Diktatoren gehandelt hatten, mit einem Unterschied: als er die geforderte Unterstützung für seine Politik von den USA nicht bekam, wandte er sich kurz entschlossen an die Sowjetunion, und Chruschtschow ergriff diese Gelegenheit gerne, um auf diese Weise seinen Einfluss nach Lateinamerika auszudehnen und einen Verbündeten vor der Haustüre der USA zu gewinnen. Als sich gegen Ende 1959 noch keinerlei Anzeichen für eine Versöhnung zwischen den USA und Kuba bemerkbar machten, bot die Sowjetunion Kuba Finanz-, Militär- und Wirtschaftshilfe an. Im Februar 1960 besuchte der sowjetische Vizeministerpräsident Mikojan Kuba und unterzeichnete ein Wirtschaftsabkommen.

Die Atmosphäre zwischen Kuba und den USA verschlechterte sich drastisch, während Castro in vielen lateinamerikanischen Staaten als Vorbild für eine mutige Befreiung von einer Rechtsdiktatur und von der Bevormundung durch die USA bewundert wurde.

Jetzt muss man sich vorstellen, dass am 1. Mai 1960 das amerikanische U-2 Flugzeug über Swerdlowsk abgeschossen wurde, dass die Regierung Eisenhower nach tagelangem Ausweichen diesen Abschuss und die illegalen Flüge zugeben musste, dass Chruschtschow wenige Wochen später triumphierend das geplante Gipfeltreffen von Paris platzen liess, - und nun hatte ihm die Entwicklung der politischen Verhältnisse noch den Trumpf eines neuen Anhängers und Verbündeten in Lateinamerika zugespielt. Voller Selbstbewusstsein erklärte er am 11. Juni 1960 in einer Rede, falls die USA in Kuba zu intervenieren versuchten, würde die Sowjetunion einen nuklearen Gegenangriff auf die USA auslösen <7>.

Es ist begreiflich, dass die amerikanisch-kubanisch-sowjetischen Beziehungen im Wahlkampf zwischen Richard Nixon und John F. Kennedy, der Amerika in diesem Sommer 1960 in Atem hielt,

das aussenpolitische Hauptthema bildete (wobei aussenpolitische Themen traditionellerweise im amerikanischen Wahlkampf nur eine Nebenrolle spielen).

Kennedy gehörte zu dieser Zeit zu den Kritikern Eisenhowers. Er warf dem abtretenden Präsidenten vor, zu wenig für die Verteidigung ausgegeben und Amerikas nukleare Ueberlegenheit verspielt zu haben. Kennedy machte das Stichwort von der "Raketenlücke" populär und beutete die Befürchtungen aus, die sich seit dem spektakulären russischen Satellitenstart des "Sputnik" (1957) gebildet hatten. Damals hatte die Sowjetunion nicht nur den ersten Satelliten überhaupt in eine Erdumlaufbahn gebracht, sondern auch bewiesen, dass sie in der Lage war, Interkontinentalraketen herzustellen, was bedeutete, dass die Sowjetunion mit solchen Raketen Ziele auf dem amerikanischen Kontinent im Direktschuss mit Atombomben treffen könnte.

Heute haben wir uns gezwungenermassen daran gewöhnt, dass jeder Punkt der Erde jederzeit von Fernlenkwaffen erreicht werden kann und dass es keinen "sicheren" Ort mehr gibt. Damals aber bedeutete die Einführung weitreichender Raketen durch die Sowjetunion eine ungeheure Verunsicherung der amerikanischen Oeffentlichkeit.

Die Russen, so meinte Kennedy, würden mit Hilfe ihrer Raketenüberlegenheit die USA erpressen können, und wörtlich erklärte er: "Die Randzonen der freien Welt werden langsam aber sicher abgeknabbert werden, und das Gleichgewicht der Macht wird sich zu unseren Ungunsten verändern." (14. August 1958) <8>. Und in der Hitze des Wahlkampfes ging er so weit, die Aussenpolitik der Regierung Eisenhower mit Blick auf Kuba insgesamt als Fehlschlag zu verurteilen. "Im Jahre 1952", sagte er, "versprachen die Republikaner (d.h. die Partei Eisenhowers) eine Aussenpolitik des "Zurückrollens" des Eisernen Vorhanges in Osteuropa. Heute

haben wir diesen Eisernen Vorhang 90 Meilen vor der amerikanischen Küste!" <9> Im Oktober 1960, gegen Ende des Wahlkampfes, bzw. auf seinem Höhepunkt, hiess eine Schlagzeile der New York Times: "Kennedy Advocated U.S. Intervention in Cuba", d.h. Kennedy ist für ein amerikanisches Eingreifen in Kuba <10>. Nixon trat dem entgegen indem er sagte, das sei ja geradezu eine Einladung an Chruschtschow, sich in Kuba einzumischen.

Diese Wahlkampfethorik und der Entscheid Eisenhowers vom Sommer 1960, die Zuckerimporte aus Kuba um 95% zu kürzen, führten zu einer weiteren Verschlechterung der amerikanisch-kubanischen Beziehungen in diesem Jahr 1960. Castro verstaatlichte im Herbst 382 private Firmen, alle Banken und alle Zuckermühlen, worauf die USA eine Verurteilung Kubas im Sicherheitsrat der UNO durchsetzten und ihren Botschafter aus Havanna zurückriefen. Zur Zeit von Kennedys kämpferischen Aeusserungen gingen überall Gerüchte um, die USA würden nächstens versuchen, Castro zu stürzen. Es ist nicht überraschend, dass Castro bei der Sowjetunion Hilfe suchte und im November - nach amerikanischen Berichten - 28'000 t Waffen und Chruschtschow schon genanntes Versprechen erhielt, er werde die USA mit Raketen angreifen, falls sie auf Kuba überzugreifen versuchten.

Als Kennedy im Januar 1961 sein Amt angetreten hatte, äusserte Castro die Hoffnung auf eine Entspannung, aber vergeblich. Im Februar 1961 erklärte der Sprecher Kennedys, dass die Spannungen zwischen den USA und Kuba erst beigelegt werden könnten, wenn alle Kubaner frei über ihr eigenes Schicksal entscheiden könnten, und der neue Präsident erliess gleichzeitig den Befehl an die CIA, ihre im März 1960 begonnenen Vorbereitungen für eine von Exilkubanern getragene Befreiungsaktion fortzusetzen.

Diese Aktion erfolgte im April des Jahres 1961 in der sog. "Schweinebucht" und führte zu einem vollständigen Fiasko für die

Exilkubaner wie auch für die sie unterstützenden Amerikaner und andererseits zu einem Triumph Fidel Castros und zu einer Konsolidierung seiner Herrschaft. Die Sowjetunion intensivierte ihre Lieferungen von konventionellem Kriegsmaterial und Chruschtschow fasste zwischen Februar und Juli 1962 den Entschluss, im Sommer 1962 auch Abschussrampen für Mittel- und Langstreckenraketen auf Kuba einrichten zu lassen.

4. Die strategischen Hintergründe der sowjetischen Stationierungsentscheidung

Es ist viel um die politischen und strategischen Hintergründe dieser Entscheidung gerätselt worden.

Was bewog Chruschtschow dazu, Raketen nach Kuba zu bringen?

Wollte Chruschtschow den "Willen" des jungen amerikanischen Präsidenten testen, weil er glaubte, die Amerikaner seien zu reich und zu weich geworden, um noch Kampfwillen aufzubringen? In dieser Art etwa stellte es der enge Kennedy-Berater Arthur M. Schlesinger dar <11>. Doch hätte Chruschtschow nur Kennedys Entschlossenheit testen wollen, hätte er wohl in Berlin ein für ihn weit günstigeres "Versuchsgelände" gehabt.

Kuba stellte für die Sowjetunion kein "vitales Sicherheitsinteresse" dar, sondern war nur ein interessanter Aussenposten innerhalb der amerikanischen Interessensphäre. Aber die Sowjetunion konnte sich aus Kuba zurückziehen, ohne die Verteidigung des eigenen Territoriums zu gefährden.

Es muss also noch tieferliegende Gründe geben für Chruschtschows Entscheid zur Stationierung von Raketen. Der Schlüssel zur Sache ist wohl in den damaligen Machtkämpfen im Kreml selbst zu suchen. Chruschtschow suchte zu jener Zeit dringend einen aussenpolitischen Erfolg. Seit 1957 waren seine

Innen- und Aussenpolitik ohne grössere Erfolge geblieben: sein Berlin-Ultimatum von 1958 hatte den Westen nicht zur Preisgabe West-Berlins veranlassen können, Walter Ulbricht war höchst unzufrieden mit dem Gang der Dinge, und Chruschtschow hoffte, mit seinen Raketen auf Kuba - die Washington erreichen konnten - Druck auf Kennedy ausüben und ein Nachgeben in der Berlin-Frage erzwingen zu können <12>.

Zudem hatte sich bald nach der Wahl Kennedys herausgestellt, dass die sowjetische Raketentechnik und Raketenproduktion gar nicht so weit fortgeschritten war, wie Kennedy gemeint hatte, als er die Parole von der "Raketenlücke" geprägt hatte. Die amerikanischen Raketenbauprogramme machten rasche Fortschritte und die amerikanischen Feststoffraketen erwiesen sich als den russischen klar überlegen. Im November 1961 erklärte der amerikanische Verteidigungsminister Robert McNamara: "Ich glaube, dass unsere Nuklearmacht einige Male grösser ist als diejenige der Sowjetunion." <13> Diese und ähnliche Aeusserungen schockierten die Verbündeten Moskaus in Osteuropa und in der Dritten Welt. Nach dem erfolgreichen Start des Sputnik nämlich hatte Chruschtschow immer wieder betont, die Sowjetunion sei jetzt in der Lage, ihre grossen Raketen gegen jeden Feind abzuschliessen, was als Hinweis auf eine Ueberlegenheit der Sowjetunion im Raketenbereich verstanden wurde. Das Gegenteil war der Fall! Das war ein Schlag für das politische und militärische Prestige und Ansehen der Sowjetunion und Chruschtschows. Mit der Basierung sowjetischer Raketen auf Kuba hoffte Chruschtschow die amerikanische Ueberlegenheit im Raketen- und Nuklearbereich zu neutralisieren und die langersehnte Parität (die Gleichwertigkeit) zu erreichen. Davon versprach er sich grösseren politischen Einfluss in Washington, und dadurch auch in Europa.

Auch im Fernen Osten wollte Chruschtschow mit Hilfe der

Raketen auf Kuba verlorenes Prestige und verlorenen Einfluss zurückgewinnen. Nach Stalins Tod hatte China unter Mao Tse-tung genügend Unabhängigkeit gewonnen, um sich dem Führungsanspruch Moskaus immer mehr zu entziehen, bis schliesslich im November 1961 die Welt vom Bruch zwischen Moskau und Peking erfuhr. Chruschtschows Führungsposition war damit geschwächt, insbesondere machte ihm Mao die Rolle als Anführer der "nationalen Befreiungsbewegungen" in der Dritten Welt streitig. Gerade in Kuba hoffte Mao beispielhaft die Moskauer Führung ablösen zu können, da seine eigene Lehre von der kommunistischen Bauernrevolution mit den Gedankengängen Fidel Castros nahe verwandt war. Aber Mao konnte Castro keine wirkungsvolle wirtschaftliche und politische Unterstützung gegen Amerika gewähren. Und so bemühte sich Chruschtschow, in Kuba zu demonstrieren, dass die Sowjetunion den nationalen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt viel energischer, wirkungsvoller und rascher zu Hilfe kommen könne als die Volksrepublik China. Damit empfahl er sich allen jungen Staaten der Dritten Welt, die auf ihren neuen Befreiungshelden Fidel Castro blickten, als verlässlichen Helfer im Kampf gegen den Kolonialismus. Die sowjetische Machtdemonstration in Kuba richtete sich also nicht nur gegen die USA, sondern auch gegen China und - in einem propagandistischen Sinne - an die nationalen Befreiungsbewegungen in den Ländern der Dritten Welt. So begannen im August 1962 die Installationsarbeiten für sowjetische Raketen auf Kuba.

5. Der Ausbruch der Krise

Am 29. August 1962 hatten die USA die ersten festen Beweise in der Hand, dass die Sowjetunion im Begriffe war, auf Kuba Raketenabschussbasen aufzubauen. Hochfliegende U-2 Aufklärungs-

flugzeuge hatten Fotos mitgebracht, die sowjetische Techniker beim Aufbau von Abschussvorrichtungen für sowjetische SAM-Lenk-
waffen zeigten. Diese geheime Information geriet in die Hände des republikanischen Senators Kenneth Keating von New York, der sie im bevorstehenden Herbstwahlkampf (bei dem es um die Erneuerung des Repräsentantenhauses und eines Drittels des Senates ging) benützen wollte, um Kennedy und der demokratischen Administration vorzuwerfen, sie sei gegenüber dem vordringenden Kommunismus "weich" geworden. In einer grossen Rede vor dem Senat sprach er von Beweisen, dass auf Kuba sowjetische Raketen aufgebaut würden und forderte vom Präsidenten eine energische Intervention <14>. Am 2. September forderte Senator Strom Thurmond eine Invasion Kubas und die Zerstörung des Regimes Castro. Fünf Tage später ermächtigte ein gemeinsamer Entschluss von Senat und Repräsentantenhaus den Präsidenten ausdrücklich, amerikanische Truppen gegen Kuba zu verwenden. Das kam praktisch einer Empfehlung gleich, das kubanische Uebel mit Gewalt zu beseitigen. Die Presse diskutierte das Thema ausführlich, und im September 1962 sprach die New York Times erstmals von einer "Krise".

Wie sollte Kennedy reagieren? Er hatte die ersten Informationen mit CIA-Direktor John McCone besprochen. Offensichtlich kamen beide zum Schluss, dass die Sache nicht allzu gravierend sein könne, denn McCone begab sich anschliessend für vier Wochen auf Hochzeitsreise nach Europa. Die wahre Beunruhigung schien innenpolitischer Natur zu sein, so dass Kennedy während der Abwesenheit McCones seine beiden innenpolitischen Berater - Ted Sorensen und seinen Bruder Robert Kennedy - hinzuzog. Seine Erklärungen vom 4. und 13. September beabsichtigten dementsprechend in erster Linie eine Beruhigung der Bevölkerung. Kennedy sagte, dass es keine Beweise gebe, dass andere als Verteidigungsmittel auf Kuba stationiert würden.

Sollte jedoch der Beweis erbracht werden, dass die Sowjetunion Offensivraketen auf Kuba einrichte, werde der Präsident alles Notwendige tun, um die amerikanische Sicherheit zu schützen <15>.

Kennedy wollte keine zusätzlichen Spannungen mit der Sowjetunion. Ted Sorensen und Robert Kennedy suchten beide privat den sowjetischen Botschafter Dobrynin auf, um die amerikanische Besorgnis zum Ausdruck zu bringen. Aber Dobrynin beruhigte: es handle sich nur um Verteidigungswaffen.

Erstaunlicherweise fanden zwischen dem 10. September und dem 14. Oktober keine weiteren U-2 Aufklärungsflüge über Kuba statt. Einerseits waren Präsident Kennedy, sein Bruder Robert und Ted Sorensen offensichtlich überzeugt, dass die Vorwürfe der Kritiker mehr zum Wahlkampf gehörten und nicht auf Tatsachen beruhten. Andererseits war gerade am 9. September ein U-2 Flugzeug, das die Amerikaner an Taiwan ausgeliehen hatten, von der Volksrepublik China abgeschossen worden, und Kennedy bzw. Aussenminister Dean Rusk erinnerten sich sehr genau an den politischen Schaden, der Eisenhower aus der U-2 Affaire vom Mai 1960 erwachsen war <16>. Erst als CIA-Direktor McCone von seiner Hochzeitsreise zurückkehrte, bemerkte, dass seine 5 dringenden Telegramme betr. Kuba das Weisse Haus nicht erreicht hatten <17>, und die sofortige Wiederaufnahme der Beobachtungsflüge über Kuba durchsetzte, erbrachten schon die ersten Fotos den Beweis für seine Befürchtungen: die Arbeiten für sowjetische Boden-Boden-Raketen, d.h. klare Angriffswaffen, die mit nuklearen Gefechtsköpfen versehen werden konnten (diese fehlten allerdings noch), waren weit fortgeschritten. In den nächsten Tagen zeigten weitere Aufnahmen das Ausmass der sowjetischen Bauarbeiten:

6 Abschussanlagen für Mittelstreckenraketen mit je vier Werfern, jeder mit zwei Raketen bestückt, d.h. 48 Raketen mit

einer Reichweite von 1020 Seemeilen (= 1890 km), was bis etwa New York reichte und also Washington, die amerikanische Hauptstadt, einschloss.

3 Abschussanlagen für Mittelstreckenraketen grösserer Reichweite (2200 Seemeilen, d.h. 4076 km), die auch Los Angeles an der Westküste erreichen konnten.

Dazu kam ein ganzes Arsenal an IL-28 Bombern, an MIG-21 Kampflugzeugen, an Flugzeugabwehrraketen vom Typ SAM, an Schiffsabwehrraketen, an Patrouillenbooten sowie etwa 22 000 Mann Bodentruppen. <18>

Das ganze Material war unter grösster Geheimhaltung nach Kuba verschifft worden, war aber dort aus der Luft klar erkennbar.

Es war Präsident Kennedys Berater William P. Bundy, der am 16. Oktober 1962, um 8.45 Uhr, dem Präsidenten die fatalen Fotos vorlegte. Sofort ordnete Kennedy eine Sitzung seiner höchstrangigen Berater auf 11.45 Uhr an. Diese Gruppe wurde später "ExCom" genannt, eine Abkürzung für "Executive Committee of the National Security Council". Zu ihr gehörten die 15 höchsten Beamten und Berater. Was an diesem 16. Oktober alles erwogen wurde, ist heute im Wortlaut des Protokolls bekannt und der Forschung zugänglich <19>.

Alle möglich scheinenden Verhaltensweisen wurden erwogen - vom Verzicht auf eine Reaktion über den Anruf der UNO, über Geheimverhandlungen mit Fidel Castro, über einen Luftangriff nur auf die Raketenanlagen, über einen grossen Luftangriff gegen eine Vielzahl kubanischer Ziele, bis zu einer Grossaktion mit Luftangriffen und einer anschliessenden Invasion -, aber erst abends um 19.30 Uhr wurde die Idee einer Seeblockade zur Diskussion gestellt, die dann schliesslich dem Präsidenten zur Ausführung empfohlen wurde <20>.

Entscheidend für den Entschluss zur verhältnismässig "milden"

Reaktionsform der Blockade war der Einwand gegen einen militärischen Angriff, den Unterstaatssekretär George W. Ball zuerst vorbrachte, als er - frei übersetzt - sagte: "Da kommt mir Pearl Harbor in den Sinn, und das erschreckt mich höllisch, wenn ich daran denke, was danach passiert. Du gehst da hinein mit einem Ueberraschungsangriff. Du liquidierst alle Raketen. Aber das ist nicht das Ende! Das ist nur der Anfang, glaube ich." <21>

Verteidigungsminister McNamara argumentierte ähnlich. Die Raketen auf Kuba seien noch gar keine echte Bedrohung für die USA, meinte er; dazu würden sie erst, wenn sie einsatzbereit und nuklear bestückt wären. Deshalb hielt auch er eine Blockade aller Zufahrtswege und eine genaue Kontrolle aller nach Kuba fahrenden Schiffe für genügend.

Präsident Kennedy, der zeitweise den Beratungen von ExCom zugehört hatte, hatte sich bereits für die Blockade entschieden, als die Mitglieder von ExCom, nach vier Tagen intensivster Beratungen, ihm am 20. Oktober den 11 : 6 Entscheid der Kommission zugunsten der Blockade übermittelten.

Der 20. Oktober war ein Samstag. Kennedy nahm sich das Wochenende, um seine Rede vorzubereiten, in der er am Montag die Blockade ankündigen, die amerikanische Oeffentlichkeit informieren und gleichzeitig Moskau und Havanna warnen wollte. Wie würde die Sowjetunion auf die Blockade reagieren und was würde sie mit ihren Raketen unternehmen? Das waren die Fragen, die den weiteren Verlauf der Krise bestimmen würden.

6. Der Höhepunkt der Krise: Die Blockadewoche vom 22. - 28. Oktober 1962

Montag, der 22. Oktober, war erfüllt von hektischen Aktivitäten. Die amerikanischen Diplomaten informierten die Verbündeten in Lateinamerika, in Kanada und in Europa. Der

frühere Aussenminister Dean Acheson flog persönlich nach Paris und Bonn, um Präsident de Gaulle und Bundeskanzler Adenauer für den amerikanischen Standpunkt zu gewinnen. Andere Diplomaten informierten asiatische und afrikanische UNO-Vertreter vor der kommenden Auseinandersetzung im Sicherheitsrat.

Unterdessen wurden die amerikanischen Raketentruppen in Alarmbereitschaft versetzt und 200 000 Mann nach Florida verlegt, um allenfalls eine Invasion unternehmen zu können, falls der Blockadeplan nicht zum Abzug der Raketen führen würde; den B-52 Bombern des Strategischen Luftwaffenkommandos (Strategic Air Command, SAC) wurde befohlen, mit voller Nuklearbewaffnung aufzusteigen; 14 000 Piloten der Reserve wurden einberufen und 180 Schiffe der Flotte begannen sich in den Gewässern um Kuba zu verteilen und verstärkten die Besatzung auf dem amerikanischen Militärstützpunkt von Guantanamo <22>. Die USA bereiteten sich vor, den militärischen Druck wenn nötig rasch zu erhöhen.

Um 17 Uhr informierte Präsident Kennedy führende Mitglieder des Kongresses. Er musste seinen Entscheid zur Blockade gegen verschiedene Politiker verteidigen, die einen sofortigen Angriff verlangten. Kennedy soll sehr ungehalten reagiert und den Politikern erklärt haben, dass ein umfassender Nuklearkrieg das Resultat von falschen Einschätzungen sein könnte; falls russische Soldaten bei einem Ueberraschungsangriff getötet würden und die Sowjetunion sich entschliessen würde, mit einem nuklear geführten Ueberraschungsgegenangriff zu reagieren, würden Millionen von Amerikanern innert Minuten sterben und ungezählte weitere würden vor dem Ende der Zerstörungorgie sterben. Es ist nicht überliefert, ob die Politiker von Kennedys engagiertem Plädoyer überzeugt waren. Auf jeden Fall versprachen sie, die Politik des Präsidenten zu unterstützen <23>.

Aussenminister Dean Rusk informierte unterdessen den sowjetischen Botschafter Dobrynin von der bevorstehenden Blockade. Dobrynin, der offensichtlich nicht genau im Bild war über die von der sowjetischen Führung streng geheim gehaltenen Vorgänge auf Kuba verliess das Aussenministerium sichtbar erschüttert <24>.

Abends um 19 Uhr berichtete Kennedy in einer grossen Radio- und Fernsehrede von den Vorgängen auf Kuba und kündigte gleichzeitig auf Mittwoch, 24. Oktober, 10 Uhr morgens, den Beginn der Blockade Kubas durch amerikanische Kriegsschiffe an. Er schloss die Rede mit einem Aufruf an Chruschtschow, die Krise durch den Abzug der Raketen zu beenden <25>.

Am nächsten Tag billigte die Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) das amerikanische Vorgehen, was eine wichtige Unterstützung für die USA war. Im Bewusstsein dieser Rückendeckung richtete Kennedy darauf ein persönliches Schreiben an Chruschtschow mit der Aufforderung, die von allen amerikanischen Staaten gebilligte Blockade zu beachten und Amerika nicht zu nötigen, auf ein russisches Schiff zu schiessen, die Situation könnte sonst ausser Kontrolle geraten. Der Brief schloss mit den Worten: "Es ist von grösster Bedeutung, dass wir beide mit Besonnenheit handeln und nichts tun, was die Rettung der Lage noch schwieriger gestalten würde, als sie bereits ist." <26>.

Kennedy hatte kurz zuvor das Buch "August 1914" gelesen, in dem die amerikanische Historikerin Barbara Tuchmann den Ausbruch des Ersten Weltkrieges schildert <27>. Er war beeindruckt von den Fehlberechnungen der Deutschen, der Russen, der Franzosen und Engländer. Alle seien sozusagen in den Krieg gestolpert, meinte er, infolge von Dummheit, individuellen Antipathien, Missverständnissen und persönlichen Minderwertigkeitskomplexen

oder Geltungsbedürfnissen. Das musste jetzt um jeden Preis vermieden werden. Es musste verhindert werden, dass eine Seite aus Gründen vermeintlicher "Sicherheit" oder "um das Gesicht zu wahren" Schritte unternahm, die die andere Seite zur Erwiderng veranlasste, die dann aus denselben Gründen eine Gegenaktion auslöste und so weiter, die Eskalationsleiter hoch bis zum kriegerischen Konflikt. Eine solche Entwicklung wollte Kennedy um jeden Preis vermeiden und alles in seiner Macht Stehende tun, um den Gegner nicht unnötig zu provozieren noch ihn zu unbeabsichtigten Handlungen zu treiben. Es wurde ihm bewusst, wie gross die Kommunikations- und Verständigungsschwierigkeiten zwischen den Entscheidungsträgern der zwei Supermächte in einer Krise waren.

Am Mittwoch, den 24. Oktober begann die Blockade. Kennedy blieb in persönlichem Kontakt mit den Kommandanten seiner Zerstörer, um jede harte Konfrontation nach Möglichkeit zu vermeiden. Eine Menge von möglichen Ablaufszenarien musste durchgedacht werden. Auf einer ganzen Reihe von Nebengleisen wurde nach Kommunikations- und Entspannungsmöglichkeiten gesucht.

Am Donnerstag, den 25. Oktober, breitete der amerikanische UNO-Delegierte Adlai Stevenson die Beweise vor dem Sicherheitsrat aus. Amerika erhielt breite Unterstützung auch der jungen afrikanischen und asiatischen Nationen. Das sowjetische Image des Friedensbringers war offensichtlich stark angeschlagen.

Als am 26. Oktober immer noch keine Antwort auf Kennedys Brief vom 23. Oktober eingegangen war, erwogen die USA nochmals einen Luftangriff und eine Invasion. Da kam - auf recht ungewöhnlichem Weg, nachmittags gegen 3 Uhr - das erste Zeichen für eine sowjetische Bereitschaft zum Einlenken. Und zwar hatte Alexander Fomin, der sowjetische KGB-Agent in Washington, der

offensichtlich mehr wusste als der offizielle Vertreter der Sowjetunion, Botschafter Dobrynin, dem Fernsehjournalisten John Scali um halb zwei Uhr telefoniert, ihn zum Mittagessen in einem Restaurant eingeladen und dabei gefragt, ob die USA wohl auf eine Invasion Kubas verzichten würden, wenn die Sowjetunion die Raketen abziehen würde. Fomin bat Scali, seine Freunde im Aussenministerium zu fragen und ihm sofort Antwort zu geben. Die Sache sei von grösster Bedeutung, sagte er und mahnte Scali zur Eile <28>. Scali fuhr sofort ins Aussenministerium und informierte Roger Hilsman, den Chef des Nachrichtendienstes im Aussenministerium. Dieser leitete die Frage sofort an Aussenminister Dean Rusk weiter, der seinerseits die Bedeutung der Quelle sofort erkannte und das Weisse Haus anrief. Nach einer informellen Besprechung willigte der Präsident ein, Fomin eine positive Antwort zu geben. Rusk leitete die Antwort an Scali weiter mit dem Zusatz, die Zeit dränge und die Russen sollten ihren Vorschlag binnen zweier Tage vorlegen. Scali informierte Fomin und dieser versprach, sofort Moskau zu benachrichtigen.

Am Freitag, 26. Oktober, um 6 Uhr abends, kam - via sowjetische Botschaft - eine persönliche, gefühlvolle Antwort Chruschtschows auf Kennedys Brief vom Dienstag an. Sie schien die Sondierungen Fomins zu bestätigen, indem Chruschtschow - nach einer langen Einleitung über die möglichen fürchterlichen Verheerungen durch einen Atomkrieg - im entscheidenden Passus des Briefes sagte, dass er die sowjetischen Raketen abzuziehen bereit sei, wenn die USA auf die Blockade und auf eine Invasion Kubas verzichteten. Die Spannungen in Washington lösten sich beträchtlich an diesem Abend und Optimismus begann sich ausbreiten <29>.

Da kam am nächsten Morgen kurz nach 10 Uhr - es war Samstag, der 27. Oktober - ein weiteres, offizielles Schreiben Chruschtschows an, in dem er sein Zugeständnis vom Vortag zu

widerrufen schien bzw. zusätzlich zum Verzicht auf eine Invasion Kubas auch noch den Abzug der amerikanischen Mittelstreckenraketen aus der Türkei als Preis für den Abzug der sowjetischen Raketen aus Kuba forderte. Dieser Brief traf etwa gleichzeitig ein mit der Nachricht, dass eine russische Fliegerabwehrrakete vom Typ SAM ein amerikanisches Beobachtungsflugzeug abgeschossen habe. Sollte der erste Brief nur ein Täuschungsmanöver gewesen sein, um die Amerikaner zu verwirren und Zeit zu gewinnen, bis die Raketen auf Kuba einsatzbereit waren?

Sofort erhoben sich wieder die Stimmen der "Falken" in Washington und riefen nach einem Luftangriff. Auch wurde es als unerträglicher Gesichtsverlust betrachtet, unter Druck die Jupiter-Raketen aus der Türkei abzuziehen. Nicht weil sie strategisch wichtig gewesen wären, aber weil ein Abzug unter Druck die Glaubwürdigkeit der USA bei den Bündnispartnern schädigen würde. So entschied sich Kennedy in Übereinstimmung mit der ExCom-Beratergruppe, am nächsten Tag einen Luftangriff gegen Kuba ausführen zu lassen.

Als die ExCom-Gruppe am Samstagnachmittag wieder zusammentrat, hatte sich Kennedy unterdessen entschlossen, noch einen letzten Versuch zu machen, die Sowjets zu einem Einlenken zu bringen und damit Luftangriff wie Invasion zu vermeiden.

Während also das Verteidigungsministerium alle Vorbereitungen für einen grossen Angriff traf, verfasste Kennedy nochmals ein Schreiben an Chruschtschow. Er ignorierte darin die Forderung nach einem Abzug der Jupiter-Raketen aus der Türkei und wiederholte dafür sein Versprechen, Kuba in Ruhe lassen, wenn die sowjetischen Raketen abgezogen würden. Kennedy versprach auch, die Blockade aufzuheben, sobald die Arbeiten an den Abschussrampen eingestellt würden. Gleichzeitig warnte er

Chruschtschow, dass eine rasche Antwort notwendig sei, denn in den nächsten ein oder zwei Tagen würden sonst die USA die sowjetischen Raketen selber beseitigen <30>.

Am Samstagabend wurde Robert Kennedy mit einer Kopie des Kennedy-Briefes zu Botschafter Dobrynin geschickt. Er musste dem sowjetischen Botschafter die Dringlichkeit der Sache nochmals einschärfen. Die USA würden nur noch bis morgen auf eine Antwort warten, musste er Dobrynin sagen, und entweder würde die Krise beigelegt, oder es gäbe Krieg. Gleichzeitig wiederholte er das Versprechen des Präsidenten, Kuba im Falle des sowjetischen Nachgebens nicht anzugreifen und informierte den Botschafter, die USA planten von sich aus den Abzug der Jupiter-Raketen aus der Türkei, könnten das aber jetzt - unter Druck - nicht tun <31>.

Damit war die Krise auf ihrem Höhepunkt angekommen und Krieg konnte innert Stunden ausbrechen.

Am Sonntagmorgen, 28. Oktober 1962, 9 Uhr Ortszeit, verbreitete Radio Moskau die Meldung, dass Chruschtschow den Vorschlag Kennedys angenommen habe, die Raketen aus Kuba abzuziehen gegen das Versprechen Amerikas, Kuba nicht anzugreifen. Um 11 Uhr Washingtoner Zeit erreichte das offizielle Antwortschreiben Chruschtschows den Schreibtisch von Aussenminister Dean Rusk. Chruschtschow beschrieb darin die Raketen als reine Verteidigungswaffen gegen einen möglichen Uebergriff der USA, die jetzt - mit Kennedys Versprechen - überflüssig geworden seien. Er versprach die sofortige Einstellung der Bauarbeiten an den Raketenabschussrampen und den baldigen Abzug.

Kennedy antwortete sofort und nahm das Angebot Chruschtschows an. Schon um 12 Uhr wurde die Nachricht dem Radiosender "Voice of America" zur Verbreitung nach Russland übergeben. Kennedy lobte darin die staatsmännische Haltung Chruschtschows, die die Möglichkeit eröffne, dass sich die Regierungen in Zukunft der

Ueberwindung des Wettrüstens und der Verminderung der Spannungen widmen könnten <32>.

Damit war die Krise vorüber. Beide Staatsmänner beanspruchten offiziell den politischen Sieg für sich. Aber die sowjetische Führung war sich im klaren darüber, dass sie das Risiko einer Machtprobe mit den USA unterschätzt hatte: es gab keinen "schnellen Weg" zur Ueberwindung der strategischen Ueberlegenheit der USA. Die Sowjetunion hatte die Zeitdauer unterschätzt, die die Amerikaner benötigen würden, um die geheime Installation der Raketenbasen zu entdecken; sie hatte auch die Bereitschaft der USA unterschätzt, sofort wirkungsvoll mit militärischen Mitteln zu intervenieren. West-Berlin liess sich nicht in Kuba gewinnen.

Unzufrieden mit dem Ausgang der Krise war auch Fidel Castro, der sich von Chruschtschow verschaukelt vorkam, und unzufrieden waren auch die konservativen Kritiker Kennedys, die - wie z.B. Richard Nixon - Kuba gerne gleich ganz vom Castro Regime befreit hätten. Unzufrieden waren aber auch sowjetische Spitzenfunktionäre, und 1964 wurde Chruschtschow ersetzt.

Welche Folgen hatte diese abenteuerliche Annäherung der Supermächte an einen Atomkrieg? Welche Schlüsse wurden aus den Ereignissen in Moskau und Washington gezogen? Welche Einsichten allgemeiner Art liessen sich für das Verhalten künftiger Staatsmänner in Krisensituationen gewinnen?

7. Folgen und Einsichten

Die bedeutendsten Folgen, die sich aus der Kubakrise ergaben, waren die langfristigen, und diese wiederum hingen ab von den Schlüssen, die in den beiden Hauptstädten aus dem Verlauf der Krise gezogen wurden.

Die USA hatten ihre strategische Ueberlegenheit erfolgreich demonstriert. Die Regierung Kennedy hatte unter Beweis gestellt,

dass sie auch unter den Spannungen eines Wahljahres entschlossen und handlungsfähig war. Die Machtdemonstration war zwar vielen Amerikanern zuwenig weit gegangen, da sie Kuba nicht gleich ganz vom Kommunismus befreit hatte. Aber Kennedy und seine Mannschaft waren zufrieden, innerhalb der völkerrechtlichen Normen gehandelt, einen Atomkrieg vermieden und doch die amerikanischen Interessen erfolgreich verteidigt zu haben. Der Preis dafür - das kommunistische Regime Castros weiterhin vor den Toren der USA dulden zu müssen - schien dafür nicht übertrieben. "Die Möglichkeit der Vernichtung der Menschheit stand ihm immer vor Augen", berichtet sein Bruder Robert Kennedy <33>. Kennedy war tief bewegt von der Einsicht, dass sich die Krise innerhalb weniger Tage bis zum Rand eines Atomkrieges hatte entwickeln können.

Sicherheitsinteressen vor allem hatten die Entwicklung der Krise bestimmt, aber auch Faktoren wie politisches Prestige, Wahrung des Gesichtes und des Führungsanspruchs, innenpolitische Rücksichten, Vorurteile, dürftige Kenntnisse der Absichten und Denkweise des Gegners sowie mangelhafte Kommunikation.

Daraus zog Kennedy den Schluss, dass alles versucht werden sollte, um eine ähnlich gefährliche Situation nicht wieder entstehen zu lassen, und dass die wichtigste vorbeugende Massnahme eine Verbesserung der Verständigung und der Beziehungen zwischen Washington und Moskau sein müsse. So begann er die Politik der "Détente", die Entspannungspolitik, einzuleiten.

20 Jahre nach der Krise, im Herbst 1982, versuchten 6 Mitglieder der ExCom-Gruppe im Rückblick die wichtigsten Lehren aus der Krise zu ziehen <34>. Auch sie kamen zum Schluss, dass eine bessere Kenntnis der Absichten und Interessen des Gegners von entscheidender Bedeutung sei, um Missverständnisse und

Fehlinterpretationen zu vermeiden. Aber die sechs Veteranen wollten dieses Ziel nicht nur durch Verhandlungen und offiziellen Informationsaustausch sicherstellen, sondern auch durch Satelliten und eigene nachrichtendienstliche Tätigkeit überprüfen, um jede gefährliche Ueberraschung zu vermeiden. Die 6 ExCom-Mitglieder waren auch der Auffassung, dass nicht die nukleare Uebermacht der USA, sondern die rasche konventionelle Einsatzfähigkeit den Ausgang der Krise entschieden habe, und dass auch in Zukunft - solange die nuklearen Vergeltungspotentiale unverwundbar seien - nicht das Nuklearpotential den Ausschlag gebe, sondern rasch verfügbare konventionelle Kräfte. Weiter muss unbedingt vermieden werden, den Gegner in eine Ecke zu manövrieren: so beließ Kennedy mit dem Verzicht auf einen direkten Luftangriff und auf eine Invasion dem Gegner noch einen gewissen Manövrier- und Handlungsspielraum. Das ersparte Chruschtschow eine sichtbare Demütigung und ermöglichte ihm ein Nachgeben ohne Gesichtsverlust.

Die Kubakrise, bestätigen die amerikanischen Forscher Gordon Craig und Alexander George, sei der Gipfelpunkt der seit langem geübten Praxis gewesen, die Drohung mit Nuklearwaffen als Instrument der Politik des Kalten Krieges einzusetzen <35>. Die Kubakrise könne insofern als Wendepunkt in der neueren Geschichte betrachtet werden, als sie unmissverständlich aufgezeigt habe, wie rasch im Kalten Krieg eine Konfrontation von ungewollter Intensität und höchster Gefährlichkeit entstehen könne, und damit habe sie den Uebergang aus der Phase des akuten Kalten Krieges in eine Zeit des Suchens nach einem weniger gefährlichen und lebensfähigeren internationalen System beschleunigt <36>. In der Tat wurden nach der Kubakrise nicht nur der "Heisse Draht", d.h. eine direkte Fernschreiberverbindung zwischen dem Weissen Haus und dem Kreml eingerichtet, sondern es wurden Verhandlungen zur

Rüstungsbegrenzung aufgenommen, die neun Monate später zur Unterzeichnung des Vertrages über die Begrenzung der Nuklearwaffenversuche führte, zur ersten bedeutenden Rüstungskontrollvereinbarung zwischen den beiden Supermächten überhaupt.

Eine spürbare praktische Folge der Kubakrise war die Veränderung der Tonart zwischen Moskau und Washington. Die Gewohnheit der Jahre seit Ausbruch des Kalten Krieges, einen täglichen Kleinkrieg der gegenseitigen Beschuldigungen zu führen, mässigte sich etwas. Beide Seiten wussten zwar weiterhin sehr klar, dass unüberbrückbare Gegensätze bestanden, aber die pauschale Verunglimpfung des Gegners wich der Einsicht, dass einzelne Probleme doch gemeinsam angegangen und einer Regelung zugeführt werden mussten und konnten. Vor allem wurde das gemeinsame Interesse am Ueberleben in einer wiedererkennbaren Welt als Vorbedingung für die Existenz beider Gesellschaften und damit als grundlegendes gemeinsames Interesse anerkannt.

Als im Mai 1963 alle Teile der Absprache erfüllt waren, die Sowjetunion alle Missile aus Kuba abgezogen hatte und die USA nicht nur ihre Blockade Kubas aufgehoben, sondern auch das geheime Versprechen eingelöst hatten, die Jupiter-Raketen aus der Türkei abzuziehen <37>, holte Kennedy in seiner grossen Friedensrede vor den Studenten der American University am 10. Juni 1963 zu einer fast revolutionären Versöhnungsgeste aus: "Ein totaler Krieg ist sinnlos in einem Zeitalter, in dem Grossmächte umfassende und verhältnismässig unverwundbare Atomstreitkräfte unterhalten können und sich weigern zu kapitulieren, ohne vorher auf diese Streitkräfte zurückgegriffen zu haben. ... Ich spreche daher vom Frieden als dem zwangsweise vernünftigen Ziel vernünftiger Menschen. ... Wir wollen ... unseren Differenzen gegenüber nicht die Augen verschliessen, - aber wir wollen auch

unsere Aufmerksamkeit auf die gemeinsamen Interessen und auf die Mittel richten, durch die diese Differenzen beseitigt werden können." <38>

Kennedys Rede wurde in Moskau mit grossem Beifall aufgenommen und die Prawda druckte den vollen Wortlaut ab <39>. Dennoch war die Hauptfolgerung auf sowjetischer Seite wohl eine andere als in den USA. Die strategische Ueberlegenheit der USA - die in einer stark vereinfachenden Weise für die Zeit der Kuba Krise etwa mit 10 : 1 angegeben wird <40> - hatte die Sowjetunion daran gehindert, durch einen geschickten Schachzug die eigene Stellung aufzuwerten. Umso systematischer mussten die Rüstungsanstrengungen vorangetrieben werden, um in Zukunft auf gleichem Fusse mit den USA stehen und verhandeln zu können. So wurde in der Sowjetunion zwar einerseits die Politik der Entspannung wärmstens begrüsst, aber andererseits wurden jene langfristigen Rüstungsprogramme eingeleitet, die der Sowjetunion im Laufe der 70er Jahre - als die Entspannung ihren Höhepunkt erreichte - nukleare Ebenbürtigkeit und in gewissen Bereichen sogar ihre heutige Ueberlegenheit einbrachten.

In diesem Sinne war die Kubakrise eine Wende von entscheidender Bedeutung für die Gegenwart: vor allem zwei Folgen haben die politische und strategische Entwicklung seither geprägt. Erstens hat die Sowjetunion seither nukleare Ebenbürtigkeit erreicht und ist offensichtlich auch willens, diese Stellung zu halten, und zweitens ist die Bedeutung der Kommunikation zwischen den Supermächten seither anerkannt und die Kommunikationswege sind z.B. durch die Einrichtung des sog. "Heissen Drahtes", d.h. einer direkten Fernschreiberverbindung zwischen dem Weissen Haus und dem Kreml verbessert worden. Allerdings ist die Kommunikation seither auch zu einer neuen Waffe geworden, und je unwahrscheinlicher der Einsatz nuklearer Zerstörungsmittel auf

dem Schlachtfeld geworden ist, desto subtiler ist die Ausnutzung der Aengste allfällig Betroffener in einem raffinierten Kommunikations- und Propagandaprozess geworden. Vor allem hat die Sowjetunion seither gelernt, dieses Instrument der Kommunikation sehr wirkungsvoll einzusetzen, zwar nicht im Umgang mit der eigenen Oeffentlichkeit, aber dafür mit den freien Medien der westlichen Welt.

So haben sich die Formen der Auseinandersetzung zwischen den Supermächten in gewissem Sinne verfeinert. Es ist seit 1962 zu keiner so direkten Konfrontation und Bedrohung mit nuklearen Waffen mehr gekommen. Weder der Vietnamkrieg, der die späten 60er und frühen 70er Jahre prägte, noch die sowjetische Besetzung Afghanistans seit 1979 haben je wieder so nahe an eine direkte Kriegsgefahr zwischen den Supermächten herangeführt. Vor allem im waffenstarrenden Europa ist zur Zeit - gerade wegen des angehäuften Vernichtungs- und damit Abschreckungspotentials - ein Krieg zwischen den Paktsystemen von Ost und West wenig wahrscheinlich. Aber die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Gesellschaftssystemen und Menschenbildern geht weiter. Sie hat sich - mindestens in den Ländern Westeuropas und der USA - vom einstigen Schlachtfeld auf den psychologischen Bereich, vom Kampf mit Waffen auf den Kampf mit Informationen verlagert. Aber auch diese Auseinandersetzung ist eine Form des Kampfes. Den heute Lebenden ist die schwierige Aufgabe gestellt, in dieser neuen Kampfform, in dieser geistigen Auseinandersetzung zu bestehen und gleichzeitig einen Rückfall in überholte und in ihrem Ausmass unvorstellbar zerstörerische Kampfformen zu vermeiden. Das aufmerksame Studium vergangener Konflikte kann uns bei der Bewältigung dieser Aufgabe helfen.

8. Anmerkungen

1. Robert A. Divine, Roosevelt and World War II, Baltimore, Johns Hopkins Press, 1969, p.78
2. Vgl. mein Buch Aggressive USA? Amerikanische Sicherheitspolitik 1945 - 1985, Stuttgart 1985, p.32f.
3. The National Experience, ed. John M.Blum et al., 4th ed., New York 1977, p.747
4. Lester H.Brune, The Missile Crisis of October 1962, A Review of Issues and References (Guides to Historical Issues No.2), Regina Books, Claremont CA 1985, p.5
5. Archiv der Gegenwart, 1959, ed. Heinrich von Siegel, Bonn 1960, p. 7486
6. *ibid.*, p. 7741
7. Herbert S. Dinerstein, The Making of a Missile Crisis, October 1962, Baltimore 1976, pp. 40-111
8. John F. Kennedy, a Compilation of Statements and Speeches Made during his Service in the U.S. Senate and House of Representatives, 88th Cong. 2nd Sess., Senate Document No. 79, Washington D.C. 1964, pp. 704-715
9. Brune, *op.cit.*, p.8
10. *ibid.*
11. Arthur M. Schlesinger, Die tausend Tage Kennedys, dt.Uebersetzung, Bern 1965, pp.692-734
12. Gordon Craig/Alexander L. George, Zwischen Krieg und Frieden, Konfliktlösung in Geschichte und Gegenwart, München 1986, p. 142
13. Desmond Ball, Politics and Force Levels, Berkeley CA 1980, p.98f.
14. Brune, *op.cit.*, p. 33
15. Archiv der Gegenwart, 1962, p. 10080 resp. p. 10101
16. Brune, *op.cit.*, p. 38
17. Graham T. Allison, Essence of Decision, Explaining the Cuban Missile Crisis, Boston 1971, pp. 190-192
18. Honore M. Catudal, Nuclear Deterrence: Does it Deter? Humanities Press, Atlantic Highlands, N.J. 1985, p.467;
19. Auszüge und Hinweise finden sich in: White House Tapes and Minutes of the Cuban Missile Crisis, in International Security, Vol. 10, No. 1, pp. 164-203
20. Brune, *op.cit.*, p. 44

21. International Security, p. 194
22. Brune, op.cit., p. 57
23. Robert Kennedy, Dreizehn Tage, Wie die Welt beinahe unterging, dt. Uebersetzung, Darmstadt 1974, pp. 48-50
24. ibid., p. 47
25. Archiv der Gegenwart, 1962, pp. 10193-10194
26. Robert Kennedy, op.cit., p. 56
27. ibid., p.58
28. Gabriel Robin, La Crise de Cuba (Octobre 1962), du Mythe a l'Histoire, Paris 1984, p. 89
29. Robert Kennedy, op.cit., p. 66
30. Allison, op.cit., pp. 223-230
31. Robert Kennedy, op.cit., pp. 105-108
32. Archiv der Gegenwart, 1962, p. 10203
33. Robert Kennedy, op.cit., p. 128
34. The Lessons of the Cuban Missile Crisis, in: TIME, 27. Sept. 1982, pp. 36-37
35. Craig/George, op.cit., p. 143
36. ibid. p. 144
35. TIME, p. 37
36. John F. Kennedy, Der neue Kurs, ed. Klaus Schoenthal, München 1964, pp. 144-147
39. Robin, op.cit., p. 147
40. ibid. S. 132